

Antrag zur Vorlage auf der Beiratssitzung am 20.11.2024

Antrag auf Informationen zu Polizeieinsätzen am „Toleranzort“ für Drogenabhängige an der Debstedter Str.

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen bittet den Senator für Inneres und Sport um Informationen zu etwaigen Polizeieinsätzen am Container des „Toleranzortes“ für Drogenabhängige seit Juli bis einschließlich Oktober 2024. Wir erbitten uns hierbei Informationen über

1. den genauen Zeitpunkt der Einsätze
2. Anlass und Intention der Einsätze
3. wurden diese Einsätze im Rahmen der abgestimmten und in der Bürgerschaft beschlossenen Drogenhilfestrategie mit den betroffenen weiteren Ressorts (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration) abgestimmt?
4. Gab es bzgl. der Einsätze eine Abstimmung mit den Streetworkern der Ambulanten Suchthilfe/Inneren Mission, die diesen Toleranzort sozialarbeiterisch betreuen?
5. Wie beurteilt das Innenressort die Auswirkungen dieser Einsätze (mangelnde Akzeptanz des Toleranzortes seitens der betroffenen Klienten; erneut Verdrängung der Szene und dadurch vermehrter Problemdruck in Gröpelingen- Mitte?)
6. Wie wird das weitere Sicherheitskonzept rund um die Toleranzfläche in Gröpelingen gestaltet? Wird es hier eine Abstimmung mit den betroffenen weiteren Stellen und den Stadtteilbeirat geben?

Begründung:

In den letzten Jahren wurde viel Zeit, Geld und Kraft in die Umsetzung eines Konzeptes investiert, um die Auswirkungen der Drogenszene auf den Stadtteil in erträglichen Grenzen zu halten. So konnte mit dem Toleranzort an der Debstedter Str. ein Ort etabliert werden, der von der Drogenszene akzeptiert wurde und der auch eine entsprechend starke Nutzung in der letzten Zeit aufwies. Nachdem der von der Inneren Mission aus Holz errichtete Unterstand mehrfach in Brand gesetzt wurde, ist dort mit Unterstützung des Ortsbeirates ein Container aufgestellt worden, der die Akzeptanz des Ortes noch einmal erhöht hat. Mit Hilfe der Streetworker, die diesen Ort sozialarbeiterisch betreuen, konnten einerseits wesentliche Hilfeleistungen für die Betroffenen Drogenabhängigen installiert werden, andererseits wurde der Problemdruck im zentralen Bereich Gröpelingens (Liegnitz- Quartier, Koschnick-Platz und Umgebung, Gröpelinger Heerstraße.) deutlich abgemildert. Seit etwa September 2024 ist jedoch die

Inanspruchnahme des Ortes durch Betroffene gar nicht mehr vorhanden. Nach Aussage der dort tätigen Streetworker und auch von Betroffenen, soll dies mit massiven Polizeieinsätzen in Zusammenhang stehen. Seit dem sind wieder vermehrt Angehörige der Drogenszene im zentralen Bereich des Stadtteils zu beobachten. Genau diesen Bereich versucht die Ortspolitik aber gemeinsam mit der Innenbehörde nach massiven Anwohnerbeschwerden zu beruhigen. Zu diesem Zweck wurde auch eine Videoüberwachung installiert. Aus Sicht des Ortsbeirates ist es nicht wünschenswert, dass diese Bemühungen durch etwaige, nicht abgestimmte Polizeiaktionen auf den Toleranzflächen konterkariert werden und bewirkt wird, dass sich die Drogenszene nun wieder vermehrt im Gröpelinger Zentrum aufhält.

Dieter Winge und die Fraktion die LINKE im Gröpelinger Beirat



Zur Vorlage in der Sitzung des Stadtteilbeirats Gröpelingen am 20.11.2024

Umbenennung der Straße „Reitbrake“ zu „An der Kriegsgräberstätte“ in Erinnerung an das über Jahrzehnte vergessene sowjetische Gräberfeld

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen entscheidet nach § 10 Abs. (1) Ziff. 7 und 8. des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter über die Benennung der Straße „Reitbrake“ (Straßenschlüssel: 56272) für die Ortsteile Oslebshausen und Industriehäfen folgendes:

Der Stadtbürgerschaft möge beschließen:

- 1. Die Straße „Reitbrake“ wird bis spätestens zum 22.06.2025 unbenannt in „An der Kriegsgräberstätte“**
- 2. Der neue Straßename wird vom Staatsarchiv Bremen in Abstimmung mit dem Stadtteilbeirat erläutert. Die Erläuterung wird dem Straßenschild in üblicher Weise beigefügt.**

Begründung

Auf Grundlage der historischen Recherchen des Oslebshausener Heimatforschers Harry Winkel, dem Begründer der Geschichtsgruppe „Alt Oslebs“, und des pensionierten Geschichtslehrers und passionierten NS-Forschers Peter-Michael Meiners wurde das zentrale Bremer Gräberfeld für sowjetische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im Jahr 2021 wieder aufgefunden. Auch der kürzlich verstorbene und eng mit dem Stadtteil verbundene Friedensaktivist Ekkehard Lenz hat sich sehr engagiert, um die Geschichte des Ortes wiederzuentdecken und würdevoll aufzuarbeiten. Die Ergebnisse der Grabung, die vom August 2021 bis November 2022 durchgeführt wurden, wurden von der Landesarchäologie in ihrem Abschlussbericht wie folgt zusammengefasst: „Die Exhumierung des Friedhofs im Jahr 1948 war unvollständig. Mehrere Einzel-, Doppel- und Massengräber mit insgesamt 66 vollständigen Toten wurden bei der Exhumierung nicht gefunden und waren deshalb nicht exhumiert worden. Von den anderen ehemals dort Bestatteten in den langgestreckten Bestattungsgräben und auch in den anderen Gräbern lagen überall noch Teilkörper in situ, andere Einzelknochen lagen so, wie sie in der Exhumierungssituation zurückgelassen worden waren, andere als Streuknochen auf der ehemaligen Friedhofsfläche. In all diesen Fällen kann also nur von einer Teilsexhumierung gesprochen werden. Die über 200 geborgenen Erkennungsmarken verweisen noch auf einen anderen Aspekt der frühen Nachkriegszeit hin. (...) Aber mit mehr Empathie für die toten Kriegsgefangenen und gründlicherer Arbeit hätte es möglich sein müssen, auf die beim Toten befindlichen Erkennungsmarken zu achten. Sie hätten 1948 zwar keine Identifizierung erlaubt, aber einen respektvollen Umgang mit den Toten während der Exhumierung erkennen lassen.“ Insgesamt wurden 66 vollständige Skelette, über 20.000 Knochen- und Knochenteile sowie 213 Erkennungsmarken bei den archäologischen Grabungen gefunden. Ein weiteres Gedenken wurde vom Bremer Senat angekündigt, so in der Vorlage zur Kulturdeputation vom 25.04.2022 (Vorlage Nr. 151): „Der authentische Ort des sog. „Russenfriedhofs“ mit dem Denkmal Reitbrake sowie der Bestattungsort an der Kriegsgräberstätte Osterholz werden nach der

Wiederbestattung der geborgenen Gebeine und menschlichen Überreste im Rahmen eines Gedenkkonzepts erinnerungspolitisch zu verbinden sein.“

Auch im aktuellen Koalitionsvertrag (2023-2027) wurde die Reitbrake berücksichtigt: „Die Koalition wird (...) die an der Reitbrake in akribischer archäologischer Untersuchung geborgenen menschlichen Überreste der dort bestatteten, in Bremen zu Tode gekommenen Zwangsarbeitenden und Kriegsgefangenen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, heute vor allem Russische Föderation und Ukraine, würdevoll und mit Zustimmung der genannten Nationen in Osterholz wiederbestatten. Zugleich wollen wir dort in geeigneter Form aller Opfer des Vernichtungskriegs im Osten gedenken. Außerdem wollen wir in räumlicher Nähe der Reitbrake in Oslebshausen an die nationalsozialistischen Verbrechen im Bremer Westen und die zu Tode gekommenen Zwangsarbeitenden und Kriegsgefangene erinnern. Zur konzeptionellen Gestaltung des Gedenkens bzw. der Erinnerung werden wir Expert*innen heranziehen und uns mit den Vertreter*innen der Ukraine und Russland abstimmen.“

Aktuell sind jedoch keine Aktivitäten des Senats erkennbar, seine Absicht für ein würdevolles Gedenken zeitnah umzusetzen.

Bevor der authentische Ort nun durch die Überplanung mit einer Bahnwerkstatt wieder dem Vergessen anheimfällt, ist es erforderlich und dringend geboten, zunächst einfache und leicht umzusetzende Maßnahmen zu ergreifen. Hierzu zählt die Umbenennung der „Reitbrake“ in „Auf der Kriegsgräberstätte“.

Der neue Straßename „Auf der Kriegsgräberstätte“ ordnet den authentischen Ort von NS-Verbrechen, Leiden und Tod sachgerecht ein. Dem Besucher wird unmittelbar die mit diesem Ort verbundene Geschichte bewusst. Der Name macht neugierig und regt den Besucher an, eigene Recherchen anzustellen und sich mit dem Ort auseinanderzusetzen. Auch ortsansässige Betriebe und ihre Mitarbeiter werden sich mit der Geschichte des Ortes auseinandersetzen, damit sie ihren Besuchern Rede und Antwort stehen können. Der neue Straßename erfüllt damit die Funktion „wider dem Vergessen“ und befördert ein „Nie wieder!“.

Die Reitbrake hat aktuell nur einen Anrainer, der von einer Umbenennung betroffen ist. Dies ist die Nehlsen Industrieservice GmbH & Co. KG - Betrieb Abfallbehandlung in der Reitbrake 6, 28239 Bremen. Alle anderen ehemals an der Reitbrake angesiedelten Betriebe wurden im Zuge Räumung für die archäologischen Grabungen und die geplante Ansiedlung der Alstom Transport Deutschland GmbH (vormals Linke-Hofmann-Busch GmbH (LHB)) geräumt.

Auch dürfte es den bestehenden Verstoß gegen das Bremische Landesstraßengesetz auflösen, wonach es nicht gestattet ist, dass mehrere Straßen in einer Gemeinde mit demselben Namen bezeichnet sind. Neben der „Reitbrake“ in Oslebshausen gibt es auch die Straße „Auf der Reithbrake“ im Ortsteil Industriehäfen. Im Zuge der Berichterstattung zu den Grabungen wurde als Ortsangabe wiederholt „an der Reitbrake“ verwendet, so zuletzt im Weser-Kurier vom 12.04.2024. Dies belegt die Verwechslungsgefahr.

Dieter Winge und die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen

Zur Vorlage in der Sitzung des Stadtteilbeirats Gröpelingen am 20.11.2024

Auskunftsbitte an den Betreiber der Klärschlammverbrennungsanlage KENOW

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Hiermit bittet der Beirat Gröpelingen die Betreiberfirma der Klärschlammverbrennungsanlage (KVA) KENOW um zeitnahe Auskunft über die folgenden Punkte:

1. Die ursprünglichen Planungen sahen vor, dass die Anlage bereits im 2023 in Betrieb gehen sollte (1). Derzeit befindet sich die Anlage nach Aussage der KENOW in der Phase der Inbetriebnahme; auf diese Phase soll der sog. Probetrieb folgen, ehe die Anlage in den Regelbetrieb gehen soll. Wie genau ist der weitere zeitliche Ablauf dieser Phasen bis zum Regelbetrieb?
2. Welche Umstände genau haben zu der Verzögerung bei der Inbetriebnahme der Anlage geführt?
3. In der jetzigen Phase der Inbetriebnahme kam es wiederholt zu erheblichen Geruchsemissionen; typischer Klärschlammgeruch war häufig sowohl im direkten Umfeld der KVA als auch in der Wohnumgebung sehr deutlich wahrzunehmen. Wie kommt es zu dieser Geruchsemission? Ist dieser Geruch typisch für den Betrieb der Anlage und ist damit zu rechnen, dass das Auftreten derartiger Gerüche in Zukunft regelmäßig auftritt?
4. Wenn Frage 3 verneint wird: was sind die Gründe der Emissionen und durch welche Maßnahmen können diese zukünftig verhindert werden?
5. Aktuell wird der Bau einiger geplanter KVA in Deutschland eingestellt bzw. verschoben, so in Stapelfeld (2), Rostock (3), und Kiel (4). Gründe hierfür sind u.A. geschaffene bzw. befürchtete Überkapazitäten. Gestaffelt ist für Kläranlagen für >100.000 Einwohner weiterhin bis 2029, für Klärwerke ab 50.000 Einwohner sogar bis 2032 eine landwirtschaftliche Verwertung möglich. Für Klärwerke kleiner >50.000 Einwohner ist eine uneingeschränkte landwirtschaftliche Nutzung auch nach 2032 weiterhin möglich, sofern die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Da laut Umweltbundesamt die Mehrzahl der Kläranlagen in der BRD kleiner als 50.000 Einwohner sind (5) dürfte die landwirtschaftliche Verwertung hier auch zukünftig genutzt werden. Für diese Klärwerke ist eine Verbrennung von Klärschlämmen nicht mehr gesetzlich gefordert.
Wie hoch ist die voraussichtliche Auslastung der Bremer Anlage? Sind vor dem oben geschilderten Hintergrund genügend Klärschlämme für einen

wirtschaftlichen Betrieb der Bremer Anlage vorhanden?

6. Wie ist die aktuelle Preisentwicklung bei der Klärschlamm Entsorgung? Was kostet aktuell die Entsorgung der thermischen Verwertung von Klärschlamm je Tonne?

Dieter Winge und die Fraktion DIE Linke im Beirat Gröpelingen

Quellen:

- 1) <https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteil-haefen/klaerschlammbrennungsanlage-grundsteinlegung-am-industrie-hafen-doc7hnhchhhihi2dagtf7m>
- 2) <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Baustopp-bei-Klaerschlammbrennungsanlage-in-Stapelfeld,regionnorderstedtnews932.html>
- 3) <https://www.kn-online.de/lokales/kiel/bau-der-klaerschlammbrennung-in-kiel-aus-kostengruenden-vorerst-gestoppt-NWBA6UPNNT6K6R3OQWA3UDE3Q4.html>
- 4) <https://www.zfk.de/wasser-abwasser/abwasser/klaerschlammbrennung-wettrennen-bei-bauprojekten-und-um-entsorgungsmengen>, <https://www.energate-messenger.de/news/245857/baustopp-fuer-klaerschlammbrennungsanlage>
- 5) https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/2018_10_08_uba_fb_klaerschlammbf_low.pdf



Antrag an den Beirat Gröpelingen

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert das Amt für Straßen und Verkehr auf, unter Berücksichtigung der kürzlich erfolgten Änderungen im Straßenverkehrsgesetz die Einrichtung von Zebrastreifen an den folgenden Überwegen neu zu bewerten:

- Übergang Ludwig-Plate-Straße zwischen Lichthaus und Waterfront
- Übergang Lindenhofstraße in Höhe der grünen Dockstraße
- Übergang Ritterhuder Heerstraße in Höhe Grünzug West

Der Beirat hält die Einführung von Zebrastreifen an allen diesen Orten für sinnvoll, um eine Gefährdung von Fußgängern, insbesondere auch Schulkindern, zu minimieren.

Begründung

Die kürzlich in Kraft getretene Änderung des Straßenverkehrsgesetzes ändert die Bewertungskriterien für verkehrliche Maßnahmen. Waren Einschränkungen bisher nur möglich „zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs“, können sie jetzt „auch erlassen werden zur Verbesserung des Schutzes der Umwelt, darunter des Klimaschutzes, zum Schutz der Gesundheit oder zur Unterstützung der städtebaulichen Entwicklung“ (§6, Absatz 4a).

Die Einrichtung von Zebrastreifen an den genannten Überwegen wurde in den letzten Jahren diskutiert und teilweise auch beim ASV beantragt, jedoch wurden diese Anträge abgelehnt oder wegen mangelnder Erfolgsaussicht gar nicht erst gestellt. Durch die neuen Bewertungskriterien sind aus unserer Sicht die Ablehnungsgründe nicht mehr relevant:

Ludwig-Plate-Straße: Hier ist zuletzt am 03.09.2024 eine Ablehnung vom ASV ergangen, u.A. mit der Begründung „erhöhter Schwerverkehrszahlen“. Durch die Einrichtung der Grundschule im Schiffbauerweg muss dieser Übergang als Teil des Schulwegs betrachtet werden. Da die Zeiten erhöhten Schwerlastverkehrs sich mit den Zeiten der Benutzung von Schulwegen überschneiden, ist von einer Gesundheitsgefährdung der Schüler auszugehen. Außerdem kann die gute Erreichbarkeit der Waterfront für Fußgänger auch als städtebauliches Ziel angesehen werden, weil damit die Verwendung des ÖPNV gefördert wird.

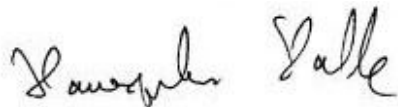
Lindenhofstraße: Dieser Übergang ist ohnehin sehr stark frequentiert, einmal im Zuge des Fuß- und Radwegs Grüne Dockstraße, aber auch einfach zum Wechsel der Straßenseite. Durch parkende oder haltende Autos ist jedoch die Übersicht auf die Straße für Fußgänger nicht immer gegeben. Deshalb kommt es an dem Übergang

immer wieder zu gefährlichen Situationen, auch wenn sich diese auf Grund der niedrigen gefahrenen Geschwindigkeit nicht in der Statistik niederschlagen.

Ritterhuder Heerstraße: Ähnlich des Übergangs Lindenhofstraße wird dieser benutzt zum Wechsel der Straßenseite, z.B. vom Aldi zur Sparkasse, aber auch im Zuge des Fuß- und Radwegs Grünzug West. Außerdem wird er durch seine Nähe zur Grundschule Oslebshäuser Heerstraße auch als Schulweg benutzt. Der Übergang hat zwar eine Überquerungshilfe, diese ist jedoch recht klein und reicht bei größeren Gruppen von Fußgängern nicht aus. Auch finden auf ihr weder Lastenräder noch Fahrräder mit Anhänger Platz. Durch den zeitweilig starken KFZ-Verkehr auf der Ritterhuder Heerstraße sind auch hier regelmäßig gefährliche Situationen zu beobachten.

Deshalb ist der Beirat der Meinung, dass an allen drei Übergängen ein Zebrastreifen eingerichtet werden sollte. Die entstehenden Kosten können aus dem Stadtteilbudget übernommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature in cursive script, reading "Hans-Joachim Galle".

An den Umwelt-Betrieb Bremen,
an die Senatorin für Kinder und Bildung

Antrag der SPD-Fraktion für den Beirat Gröpelingen

Schulhof der Oberschule Ohlenhof und das Campus Gelände Instandsetzen

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert den Umwelt-Betrieb Bremen sowie die Senatorin für Kinder und Bildung auf, den Schulhof der Oberschule Ohlenhof und das daran anschließende Gelände des Campus Ohlenhof mit Erde aufzufüllen, dass es auf ein trockenes Niveau gebracht wird und auch in regenreichen Zeiten durchgehend genutzt werden kann. Das Campus Gelände soll mit Rigolen und Anbindung an die Gräben entsprechend entwässert werden, ggf. muss noch ein entsprechendes Entwässerungskonzept dazu erstellt werden.

Das Campus Gelände soll danach, wie in den gemeinsamen Planungen erarbeitet, mit Spiel und Freizeitmöglichkeiten für alle Altersgruppen der Grund und Oberschüler ausgestattet werden entsprechend einem Entwurf von Horeis + Blatt:

Begründung:

Leider wurde das Campus Gelände nach dem Abtrag des kontaminierten Bodens, aufgrund der vorherigen Nutzung, nicht ausreichend wieder mit Erde aufgefüllt. In den regenreichen Zeiten steht das Wasser auf den Flächen wird nicht abgeleitet oder versickert. Auch das hohe Grundwasserniveau trägt dazu bei. Es ist für eine entsprechende Entwässerung mit Rigolen und Anbindung an die Gräben zu sorgen.

In den Planungen zum Campus Gelände gab es einen umfangreichen Kooperationsprozess mit breiter Beteiligung, in dem wurde sehr darauf geachtet, dass eine abwechslungsreiches Außengelände für Grund- und Oberschüler entsteht mit einer unterschiedlichen Topografie sowie Spiel, Sport und Freizeitmöglichkeiten für alle Altersgruppen entsteht. Das in einem Entwurf von Horeis + Blatt mündete. Nach Einschätzung des Beirates, ist diese Umsetzung noch nicht abgeschlossen.

Anlagen

An die Senatorin für Kinder und Bildung

Antrag der SPD-Fraktion für den Beirat Gröpelingen“

Schulstandortplanung

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert die Senatorin für Kinder und Bildung dazu auf, die Schulstandortplanung an die sich stetig verändernden Bedingungen der Stadtteile anzupassen. Es müssen weitere Kriterien und eine Rückkopplung mit den entsprechenden Stadtteilen erfolgen:

- Betrachtung der Daten des Statistischen Landesamtes.
- Betrachtung der Daten des Einwohnermeldeamtes
- Regionalsitzung mit VertreterInnen der Einrichtungen, Kita- und Schulleitungen, Ortsamt und Beirat.
- Neuerstellung in kürzeren Zeiträumen

Begründung:

In der Vergangenheit hat sich die Betrachtungsweise der Schulstandortplanung als nicht zuverlässiges Planungsmittel erwiesen. Veränderungen der Stadtteile, die den Einrichtungen oder Beiräten auffallen, aber auch Bauvorhaben, die Innenverdichtung und der Generationswechsel fließen dort gar nicht oder nicht zeitnah ein. Dies verursacht in der Folge erhebliche Probleme in der bestehenden Schullandschaft, wie z.B. überfrequente Aufnahme von SchülerInnen in den Klassen bis hin zu ganzen Klassenzügen, die zusätzlich spontan eingerichtet werden müssen. In der Folge werden die Schulen mit ihren sich daraus ergebenden Problemen alleine gelassen. Die Standorte verlieren dadurch Attraktivität oder, einhergehend mit den Veränderungen, nicht mehr bedarfsgerechten Schulkonzepten, was sich negativ auf die Personalentwicklung ausübt. Auch die baulichen Umsetzungen hinken den Bedarfen weit hinterher.

An die Senatorin für Kinder und Bildung



Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion & Die Linke für den Beirat Gröpelingen“

Schulbaugesellschaft

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, die aktuellen Schulausbau-Projekte im Stadtteil an die neu gegründete Schulbaugesellschaft zu übergeben, um eine möglichst umgehende Realisierung des W&E Ausbaus (Wahrnehmung und Entwicklung im Rahmen der inklusiven Beschulung) der Gröpelinger Oberschulen NOG und GSW zu gewährleisten.

Begründung:

Seit der Ankündigung auf der Planungskonferenz zur Schulstandortplanung im April 2016 zum W&E Ausbau wurden in einem moderierten Prozess gute Konzepte und Ideen mit den Akteuren vor Ort erarbeitet, vieles geplant, hiernach aufgrund notwendiger „Kosten-Einsparungen“ wieder verworfen sowie in reduzierter Form erneut geplant. Die Schulen warten seitdem auf eine bauliche Umsetzung und es wurden lediglich immer wieder „Ad-hoc-Maßnahmen“ an den Schulen durchgeführt, um die größte Not zu lindern. Die Beschulung der SchülerInnen erfolgt nunmehr bereits seit 2018 unter diesen provisorischen und unzureichenden Bedingungen.

Die aktuell laufenden Planungen und Antragsverfahren sind bei diesem sensiblen Thema viel zu kompliziert und langwierig; hier bedarf es einer zügigen und konsequenten Umsetzung zu Gunsten aller Betroffenen in und an den Schulen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen - die im Stadtteil Gröpelingen ohnehin schon äußerst problematisch sind - ist die Situation insbesondere für SchülerInnen mit Förderbedarf besonders prekär. Hier bedarf es schneller Abhilfe. Die Tatsache, dass bisher offenbar kein einziges Schulprojekt aus unserem Stadtteil im Rahmen der Schulbaugesellschaft geplant und gefördert wird, halten wir angesichts der oben skizzierten Situation für unhaltbar. Der Beirat Gröpelingen erwartet hier schnelle Abhilfe und konsequentes Handeln, um diese Situation zu verbessern.

Kristin Blank, Pierre Hansen, Martin Reinekehr
SPD-Fraktion im Beirat Gröpelingen
Dieter Winge, Die Linke

Bremen, 20.11.2024

Zur Vorlage in der Sitzung des Beirats Gröpelingen am 20.11.2024

Bekräftigung des Beiratsbeschlusses vom 29.05.2024

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen bekräftigt hiermit seinen Beschluss vom 29.05.2024 „**Keine Überlassung der Grundstücke Reitbrake und alte Abstellung An der Finkenau zur Errichtung einer Bahnwerkstatt**“ . Des Weiteren fordert der Beirat, dass der dem Beschluss zugrundeliegende Antrag gem. § 90 Abs. 1 der Stadtbürgerschaft zur Entscheidung vorgelegt wird.

Begründung:

Mit Schreiben vom 20.10.2021 (siehe Anlage) erklärt die Senatorin für Wissenschaft und Häfen, dass Alstom das betreffende Grundstück an der Reitbrake in Erbpacht zur Verfügung gestellt werden soll. In § 6 „Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter“ werden dem Beirat eine Reihe von Rechten eingeräumt; so heißt es in § 9 Abs. 1:

„Der Beirat berät und beschließt über die von den zuständigen Stellen gemäß § 31 erbetenen Stellungnahmen.“ Dies gilt insbesondere für folgende Angelegenheiten:

§ 9 Abs. (1) Ziff 6 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter
„Vermietung, Ankauf, Verkauf, wesentliche Umnutzung und Zwischennutzung von öffentlichen Flächen und Gebäuden; die Grundzüge der vorgesehenen Planungen sind dem Beirat vorzulegen;“

§ 9 Abs. (2) Ziff 1 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter
„Aufstellung, Änderung und Aufhebung des Landschaftsprogramms und Durchführung von Planfeststellungsverfahren“

§ 9 Abs. (2) Ziff 2 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter
„Angelegenheiten des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege“ (dürfte für das Bodendenkmal des „Russenfriedhof“ gelten)

Der Beirat Gröpelingen ist jedoch im Vorfeld der Zusage des Grundstücks an Alstom in keiner Weise informiert worden oder um Stellungnahme gebeten worden. Mit Beschluss vom 15.11.2023 lehnte der Beirat die Planungen des Baus einer Bahnwerkstatt in der vorliegenden Form sowie die Veräußerung des Grundstücks zu diesem Zweck zudem

einstimmig ab, da die Vorgaben der TA Lärm zum Schutze der Anwohner:innen nicht vollumfänglich eingehalten werden. Ein Einvernehmen konnte hier nicht herbeigeführt werden, sodass die Voraussetzungen des § 11 Abs. 1 des Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter vorliegen dürften. In so fern dürften auch die Voraussetzungen des § 90 Abs. 1 der Geschäftsordnung der bremischen Stadtbürgerschaft eindeutig erfüllt sein.

Einen sehr ähnlichen Sachverhalt und ein vergleichbares Vorgehen hat es bereits 2012 gegeben. Hier beantragte der Beirat Mitte, namentlich der damalige Ortsamtsleiter Robert Bücking eine Debatte in der Bremischen Bürgerschaft zu dem Thema „**Kein Verkauf der bremischen Grundstücke an die DB Netze für den Bau der Oldenburger Kurve ohne umfassenden Lärmschutz für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger**“ (siehe Anlage). Da es hier sowohl bezogen auf den Inhalt als auch auf das Vorgehen deutliche Parallelen gibt, stellt sich die Frage, wieso im aktuellen Fall der Bahnwerkstatt ein anderes Vorgehen angewandt werden soll als in dem Fall von 2012. Dies ist für den Beirat nicht ersichtlich und aus diesem Grunde bekräftigen wir den Beiratsbeschluss vom 29.05.2024 nachdrücklich.

Dieter Winge und die Fraktion die Linke im Beirat Gröpelingen

Anlagen:

- 1) Schreiben der Senatorin für Wissenschaft und Häfen vom 20.10.2021
- 2) Dokumente zum Vorgang „Kein Verkauf der bremischen Grundstücke an die DB Netze für den Bau der Oldenburger Kurve ohne umfassenden Lärmschutz für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger“ des Beirats Mitte
- 3) Beschluss des Beirats Gröpelingen vom 15.11.2023
- 4) Beschluss des Beirats Gröpelingen vom 18.09.2024

Recyclingstation Oslebshausen erhalten

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft auf, Klarheit über den Fortbestand der Recyclingstation Oslebshausen herzustellen.

Begründung:

Über die Zukunft der Recyclingstelle am Alten Heerweg kursieren im Stadtteil unterschiedliche Gerüchte.

Eine komplette Schließung der Einrichtung würde dem Stadtteil einen wichtigen Baustein an vorgehaltener öffentlicher Infrastruktur nehmen, da die nächstgelegenen Sammelstellen in Bremen-Nord und Walle nur unter Inkaufnahme eines langen Anfahrtsweges und für Einwohner:innen ohne Kraftfahrzeug fast gar nicht erreichbar sind.

Arndt Overbeck und Fraktion der CDU

Pinguin auf Heimatsuche

Viel ist in diesen Tagen von verschlossenen Grenzen und in diesem Zusammenhang Verlust von demokratischen Strukturen und krisenhaften politischen Auseinandersetzungen zu lesen.

Erst kürzlich hat die Stadt Köln leider keine Möglichkeit gesehen, einen Pinguin aufzunehmen. Man könnte dies durchaus als Skandal bezeichnen. Ist es die Angst vor neuen Fremden? Ist es ein Ausdruck geänderter Migrationspolitik? Wir wissen es nicht. Mutigen Bürger:innen ist es zu verdanken, dass er gegen eine Ablösesumme aus dem Abschiebegehwahrsam entlassen werden konnte. Dann verlor sich seine Spur.

An einem goldenen Oktobertag tauchte der Pinguin dann auf – hier in Gröpelingen!

Für seinen dauerhaften Verbleib hatte der Pinguin in Bremen unter Berufung auf einen Bremer Paten für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt, unseren ehemaligen Bürgermeister Hans Koschnick, angefragt und wurde in Obhut genommen.

Das Asyl auf dem Bürgermeister-Koschnick-Platz wurde nicht nur bereitwillig gewährt, sondern auch mit Bedacht entschieden. Inmitten des lebendigen Stadtteils Gröpelingen, der für seine vorbildliche Integrationsleistung und ein friedliches Miteinander bekannt ist. Die Richtigkeit der Entscheidung zeigte sich sofort: Gröpelinger:innen, unterschiedlicher Nationalitäten, jung und alt, begrüßten den Neubürger voller Freude.

Auf den Neubürger wurden alsdann nicht nur die Presse und viele interessierte Bremer:innen aufmerksam. Die Behörden unterzogen den Pinguin einer genaueren Untersuchung. Dabei wurde festgestellt, dass es mit der Standsicherheit nicht zum Besten steht. Der Pinguin wurde zur Reha unverzüglich in Sicherheitsverwahrung genommen. Nicht nur bei ihm, auch in Gröpelingen wurden viele Tränen vergossen. Gerne wäre der Pinguin bei den Gröpelinger Feuerspuren dabei gewesen, um seine Geschichte zu erzählen.

Die Gröpelinger:innen, Vereine und Institutionen des Stadtteils und die Lokalpolitik zeigten sich sofort solidarisch und forderten den dauerhaften Verbleib auf dem Bürgermeister-Koschnick-Platz und die sofortige Einbürgerung des Pinguins in Gröpelingen! Die beteiligten Behörden hatten ein Einsehen und mit einem großen Fest wurde die Rückkehr des nunmehr standhaften Pinguins gefeiert.

Um diese Geschichte wahr werden zu lassen möge der Beirat Gröpelingen beschließen:

Der Beirat Gröpelingen beschließt:

Ein neues Kunstwerk des Künstlers Mohamed Smith ist in Gröpelingen aufgetaucht. Mit der Aktion will der Künstler an die Opfer der Geziparkproteste 2013 erinnern. Damals wurde statt der aktuellen Protestbilder im Fernsehen eine Pinguin Doku gezeigt. Den Ort auf dem Bürgermeister-Koschnick-Platz hat der Künstler mit Bedacht gewählt.

Der Beirat Gröpelingen spricht sich für den dauerhaften Verbleib der Bronze auf dem Bürgermeister-Koschnick-Platz aus. Diese Bronze unterstreicht die Solidarität und den Einsatz der Gröpelinger:innen für Demokratie, Toleranz und gegen Ausgrenzung.

Der Pinguin kann auf dem Standort Bürgermeister-Koschnick-Platz außerdem zu einem zentralen Anziehungspunkt werden und dem Platz zu der gewünschten Attraktivitätssteigerung verhelfen.